«Es muss auch...

Fortsetzung von **Seite 11**

deswegen stattfand. Ich war nicht fähig, ihm zu sagen: Schauen Sie, wenn ich wieder angezogen bin, erkläre ich es Ihnen, aber nicht jetzt. Stattdessen fühlte ich mich wieder wie als Kind: völlig ausgeliefert. Man muss aber schon differenzieren. Es gibt einzelne Ärzte, die solche kosmetischen Genitaloperationen an wehrlosen Kindern nicht mehr durchführen, weil sie es mit ihrem Gewissen nicht mehr vereinbaren können.

Die von Ihnen mitgegründete Organisation «Zwischengeschlecht» tritt gegenüber den Ärzten militant auf, gerade bei Demonstrationen vor den Kinderspitälern. Kann sich das nicht kontraproduktiv auswirken?
Truffer: Früher hatte ich auch Mühe damit. Aber nur so können wir etwas bewirken. Unsere Protestaktionen sind immer friedlich. Aber unsere Sprache ist deutlich: Wir nennen die Ärzte Genitalverstümmler. Aus meiner Sicht sind sie das; denn wenn man einem Kind ohne medizinische Notwendigkeit die Genitalien operiert, ist das eine Verstümmelung. Wir brauchen bewusst deutliche Worte.

Warum?
Seit 20 Jahren gehen Betroffene an die Öffentlichkeit und versuchen, die Ärzte vom Unrecht ihres Tuns zu überzeugen – erfolglos. Wir werden hingehalten, für dumm verkauft, mit leeren Versprechungen abgespeist. Wir haben gemerkt, dass es auch den anderen weh tun muss, damit sich etwas verändert. Wenn ich aber an einem Medizinerkongress reden darf, wähle ich neutralere Begriffe. Unter sich reden Betroffene nochmals ganz anders, Da fallen Ausdrücke, die sind alles andere als druckreif. Da ist viel Hass und grosse Wut.

Sie haben einmal in einem Interview erzählt, dass in Ihrem Elternhaus nie über Ihre Intersexualität gesprochen wurde. Heute erzählen Sie Ihre Geschichte in Kameras und Mikrophone. Wie kam es dazu?
Truffer: Als Kind merkte ich, dass ich anders als meine Schwestern war. Man sagte mir, ich hätte entartete Eierstöcke gehabt, die entfernt werden mussten. Mit 14 fragte ich meinen Arzt, warum. Er fuhr mich an: Das waren doch keine Eierstöcke, das waren Hoden! Dann ging er aus dem Zimmer. Ich schnappte mir die Patientenakte und las meine Diagnose: Pseudohermaphroditismus masculinus. Das Gefühl, das ich dabei hatte, werde ich nie vergessen: Es hat mich weder erstaunt noch schockiert – es ging einfach vieles auf. Die Narbe auf dem Bauch, dass ich weibliche Hormone schlucken musste, dass ich an den Genitalien operiert worden war. Mit den Eltern konnte ich aber nicht darüber sprechen.

Es muss ein weiter Weg sein, ein Familientabu zu überwinden und damit an die Öffentlichkeit zu gehen.
Truffer: Ja. 40 Jahre lang habe ich versucht, möglichst unauffällig damit zu leben. Zehn Jahre lang machte ich eine Psychoanalyse, das hat natürlich vieles bewegt. Ausserdem bin ich nicht allein, mein Partner hat Zwischengeschlecht.org mit mir gegründet. Er unterstützt mich und schaut, dass ich das ganze Problem nicht nur durch den Filter der eigenen Geschichte betrachte. Wichtig war auch die Selbsthilfegruppe. Wir haben über alles geredet und zusammen geweint. An die Öffentlichkeit zu gehen, ist aber ein riesiger Schritt. Auch heute noch ist bei Auftritten eine Instanz in mir, die sagt: Das ist ganz schlimm, was du da machst. Du brichst das Schweigegebot. Das gibt eine absolute Katastrophe, du bist abartig, abstossend.

Legt sich das nicht mit der Zeit?
Truffer: Nein. Diese Gefühle und die Schlaflosigkeit in den Nächten zuvor sind immer da – ob ich nun vor einem Medizinerkongress oder vor einer Fernsehkamera stehe. Deshalb bin ich jetzt, nach sechs Jahren Zwischengeschlecht.org, auch so erschöpft. Am Anfang realisierte ich nicht wirklich, was es bedeutet, und was es aus mir macht.

Was hat es aus Ihnen gemacht?
Truffer: Man kann etwas bewirken, aber man zahlt seinen Preis. Es hat mich befreit, weil ich mich nicht mehr verstecken muss. Nach dem ersten Bericht des Schweizer Fernsehens Ende 2007 kamen Verwandte und Bekannte, die sehr betroffen waren, weil sie es nicht gewusst haben. Das war eine totale Kehrtwende in meinem Leben. Jetzt, nach fast hundert Interviews, bin ich ausgelaugt. Ich kann meine eigene Geschichte nicht mehr hören. Sie tönt irgendwie absurd und fremd, als wäre es jemand anderem passiert. Zwischendurch merke ich wieder: Das bin ja ich. Dann gibt es wieder Momente, die unbezahlbar sind: Kürzlich habe ich von einer Frau gehört, die ein Intersex-Kind bekam, mich im Fernsehen sah und deshalb entschied, ihr Kind nicht operieren zu lassen.

Hat es auch in Ihrer Familie etwas verändert?
Truffer: Wir haben endlich darüber geredet. Meine Eltern fühlen sich schuldig. Wenn ich am Fernsehen erzähle, wissen quasi alle was bei uns passiert ist; darunter leiden sie. Aber ich hatte einfach das Gefühl, ich muss doch etwas sagen. Das ist meine Antwort auf das, was sie mit mir gemacht haben. Dass ich hingehe und sage, was war. Ich will meinen Beitrag dazu leisten, dass es nicht mehr passiert.

Sie selbst leben zwar in einer Beziehung, können aber keine Kinder haben. Ist das etwas, was Sie beschäftigt?
Truffer: Seit ich zwölf Jahre alt bin, weiss ich, dass ich keine Kinder haben kann. Damals machte es mir nichts aus, oder ich verdrängte es. Jetzt denke ich manchmal: Die Hoden waren gesund, alles war da, theoretisch hätte ich Vater werden können. Oder ein Kind adoptieren können. Wie gesagt: Je älter ich werde, desto stärker schmerzt es. Die Verdrängung nützt sich langsam ab.

Daniela Truffer (links), Gründerin der Organisation «Zwischengeschlecht», mit Ostschweiz-am-Sonntag-Reporterin Katharina Baumann.

Leserbriefe

Bild: EPA/Robert Knudsen
Auch nach 50 Jahren wird über den Tod von US-Präsident John F. Kennedy spekuliert.

Der verklärte Präsident
Ostschweiz am Sonntag, 17. November 2013

Seit 50 Jahren fehlt die Wahrheit

Was wurde seit dem Tod von John F. Kennedy 1963 alles darüber geschrieben, wer den damaligen Präsidenten getötet hat respektive töten liess. Die Fassade des Strahlemanns im Kampf für das Gute ist mittlerweile eingerissen worden, doch die Frage, warum JFK sterben musste, bleibt ungeklärt. Die Version des Einzeltäters Lee Harvey Oswald weist so viele Lücken auf, dass jeder kritische Geist zweifeln muss. Zudem zettelte der damalige Vizepräsident Lyndon B. Johnson ein Jahr später als Präsident mit einer Lüge den Krieg gegen Nordvietnam an und war für Zehntausende von Toten verantwortlich. Die USA haben zuweilen eine spezielle Auffassung von Gerechtigkeit, die oft im Recht des Stärkeren mündet. Gerechtigkeit wird es im Mordfall JFK wohl keine mehr geben, aber die Wahrheit über die Hintergründe würde zumindest helfen, die Vorkommnisse von damals besser zu verstehen.

Pascal Merz
Leopoldweg 1d, 6210 Sursee

Spielregeln

In der Rubrik Leserbriefe veröffentlichen wir an dieser Stelle Zuschriften von Leserinnen und Lesern, die auf Beiträge unserer Sonntagsausgabe Bezug nehmen. Je kürzer und prägnanter der Text, desto grösser die Chance auf Publikation. Grundsätzlich gilt eine Maximallänge von 1000 Anschlägen (inklusive Leerzeichen). Die Redaktion behält sich vor, längere Zuschriften zu kürzen oder abzulehnen. (red.)

Leserbriefe richten Sie bitte an leserbrief@ostschweiz-am-sonntag.ch

Wer will schon ein Delphin sein?
Ostschweiz am Sonntag, 17. November 2013

Die passen ganz und gar nicht zu Delphinen

Der Artikel von Peter Exinger ist sehr gut geschrieben und passt ganz genau. Tierschutz und so weiter muss sein, aber extreme Tierschützer sind genau gleich wie andere Extremisten! Intolerant, unmenschlich hart und passen ganz und gar nicht zu Delphinen, die haben schon von Natur her einen anderen Gesichtsausdruck.

Hugo Sigg
Vogelherdweg 6, 9016 St. Gallen

WEIHNACHTEN
OSTSCHWEIZER
2013 HELFEN
OSTSCHWEIZERN
PC 90-14444-0

Zu den Artikeln «Geblendet von der Sonne», «Eiszeit am Klimagipfel» und «Missverständnis wiegt Tonnen»
Ostschweiz am Sonntag, 17. November 2013

Bewusster konsumieren

Für einmal hat die Ostschweiz am Sonntag mehrere Klima-Geschichten geschrieben: In den Rubriken Thema, Reflexe und Leben wurde entsprechend informiert. Künftige Klimakonferenzen auf globaler Ebene werden gelingen, wenn die Anstrengungen auf lokaler Ebene (wie eben auch in der Ostschweiz) in Sachen erneuerbarer Energie weiterhin und tatkräftig weitergehen. Und wenn jeder einzelne Bürger seinen Lebensmittelkonsum bewusster angeht – und weniger wegwirft –, gelingen die notwendigen Schritte.

Denn jede Verschwendung von Nahrungsmitteln fördert CO_2-Entstehung etwa gleich stark wie die Mobilität – und jedes produzierte Kilowatt durch Sonne, Wind, Biogas und Erdwärme vermindert die klimarelevanten Gase. So nehmen wir die Politiker in die Pflicht.

Markus Bösch
Locherzelgstr. 22, 8590 Romanshorn

MILDERE STRAFEN FÜR ABZOCKER – JA ODER NEIN?
Der Bundesrat fährt bei der Abzocker-Initiative, die ab Januar 2014 umgesetzt wird, weiterhin einen moderaten Kurs. In der diese Woche verabschiedeten Verordnung sieht er mildere Strafen vor, als die Initianten fordern.

Dafür

Eine faire Verordnung

Am Mittwoch legte der Bundesrat seine Verordnung zur «Minder-Initiative» vor. Sie gilt ab 1. Januar 2014, bis das Parlament sie durch ein Gesetz ablöst. Ein erstes Lob gebührt dem Bundesrat für seine rasche Umsetzung. Ein zweites Lob erhält er dafür, dass er den populistischen Titel «Verordnung gegen die Abzockerei» fallen liess. Das Haupt-Lob aber gilt der verfassungstreuen und doch massvollen Umsetzung.

Einige Beispiele: Die Aktionäre müssen verbindlich über die Top-Löhne abstimmen, können aber die Verfahren selber regeln. Antritts- und Abgangsprämien werden verboten, aber beim alten Arbeitgeber verfallene Vergütungen dürfen entschädigt werden. Pensionskassen müssen stimmen, aber sie können sich begründet enthalten. Es werden harte Strafen eingeführt, aber abgestuft nach der Schwere der Tat. Die Initianten drohen dennoch mit einer «Durchsetzungs-Initiative» (wird das jetzt zur Mode?). Das ist ein Unsinn. Das Parlament kann sein Gesetz frei und abweichend von der Verordnung erlassen. Für gute Ideen sind wir offen. Aber die Vorarbeit ist schon einmal erledigt.

Andrea Caroni
Nationalrat (FDP/AR)

Dawider

Initiativrecht mit Füssen getreten

Am 3. März legten just deshalb zwei Millionen Stimmberechtigte ein Ja zur Abzocker-Initiative in die Urne, weil sie strikte Verbote, griffige Strafbestimmungen und geschlossene Hintertüren wünschten. Wäre eine laxe Regelung bevorzugt worden, hätte man den verwässerten Gegenvorschlag wählen können.

Doch das Volk entschied sich für das eigentlich klipp und klare Original. Obschon das Begehren mit der dritthöchsten Zustimmung seit 1891 angenommen wurde, dürfen indes sogenannte Antrittsprämien künftig immer noch ausgeschüttet werden. Denn der Bundesrat schuf flugs einen neuen Begriff, um die gemäss Initiative verbotenen Vorauszahlungen zu umgehen. Auch der so wichtige GV-Stimmzwang der Pensionskassen wurde ausgehebelt: PK-Manager dürfen sich fortan einfach der Stimme enthalten, wodurch unser Volksvermögen in Firmen wie UBS und Novartis weiterhin für exzessive Millionen-Vergütungen zweckentfremdet wird. Die Direkte Demokratie ist keine Konsultativbefragung, sondern Ausfluss der Volkssouveränität. Doch der Bundesrat tritt das Initiativrecht mit Füssen, wenn er den Volkswillen derart grob missachtet.

Claudio Kuster
Co-Initiant der Abzocker-Initiative